

Demokratie

Demokratie ist eine Staatsform, bei der die Staatsmacht nicht im Besitz eines einzelnen Herrschers oder einer Gruppe ist, sondern dem ganzen Volke gehört. Zum ersten Mal wurde diese Staatsform in den griechischen Stadtstaaten des Altertums praktiziert. Die Bürger nahmen in Volksversammlungen unmittelbar an der Machtausübung teil. Allerdings waren durchaus nicht alle Bewohner der Stadt auch Bürger: Frauen, Sklaven, Halbfreie und Zugewanderte besaßen kein Bürgerrecht und hatten keinen Einfluss auf die Geschicke des Staates.

Unser heutiger Begriff von Demokratie ist komplizierter; er hat sich allmählich seit dem 18. Jh. herausgebildet. Die wichtigsten Merkmale der modernen Demokratie sind folgende: Das Volk ist der Souverän, d. h. der Inhaber der Staatsgewalt; es bestimmt, was geschehen soll. Der Wille des Volkes wird durch periodische Wahlen und Abstimmungen festgestellt. Dabei entscheidet die Mehrheit, aber das Mehrheitsprinzip gilt nicht schrankenlos; die Rechte von Minderheiten müssen geachtet werden. Der Staat muss ein Rechtsstaat sein; alles staatliche Handeln ist an geschriebenes Recht und Gesetz gebunden. Die Verfassung (die auch die Form von Einzelgesetzen haben kann) garantiert den Bürgern unaufhebbare Grundrechte, z. B. Glaubens-, Meinungs-, Informations-, Versammlungsfreiheit und Freizügigkeit. Es gilt das Prinzip der Gewaltenteilung. Das bedeutet, dass die drei hauptsächlichen Funktionen des Staates - Gesetzgebung, vollziehende Gewalt, Rechtsprechung - getrennten, voneinander unabhängigen Organen anvertraut sind: dem Parlament, der Regierung und den Gerichten.

Man unterscheidet zwei Hauptformen der Demokratie: direkte und repräsentative Demokratie. Bei der direkten Demokratie werden alle Entscheidungen unmittelbar vom Volke selbst getroffen. Das war in den griechischen Stadtstaaten der Fall, wo sich die Bürger auf dem Marktplatz versammelten, um über Staatsangelegenheiten zu beraten. Reste dieses Systems finden sich heute noch in einigen Kantonen der Schweiz. Die direkte Demokratie lässt sich nur in kleinen Gemeinwesen verwirklichen, und auch da nur bedingt.

Vorherrschend ist heute die repräsentative Demokratie. Dabei überträgt das Volk die ihm zustehende Staatsgewalt an gewählte Vertreter (Repräsentanten). Eine begrenzte direkte Beteiligung des Volkes ist aber auch hier möglich, indem ihm bestimmte Fragen zur Entscheidung durch Volksentscheid (Plebiszit) vorgelegt werden. Die repräsentative Demokratie kennt zwei Unterarten. Bei der parlamentarischen Demokratie ist die Volksvertretung (das Parlament) nicht nur für die Gesetzgebung zuständig, sondern bestimmt auch die Regierungsbildung; so wird z. B. in Deutschland der Bundeskanzler vom Bundestag gewählt und braucht zum Regieren die Unterstützung der Mehrheit des Bundestages. Die parlamentarische Demokratie ist in Europa verbreitet.

Bei der Präsidialdemokratie, die man in den USA und den meisten amerikanischen Staaten findet, wird der Regierungschef (Präsident), der zugleich Staatsoberhaupt ist, vom Volk gewählt; er ist daher nicht auf das Vertrauen des Parlaments angewiesen und kann notfalls auch mit einer oppositionellen Mehrheit regieren. Neben diesen beiden Formen der repräsentativen Demokratie gibt es mehrere Mischformen. Für den demokratischen Charakter eines Staates ist nicht maßgebend, ob es sich um eine Republik oder eine erbliche Monarchie handelt, ob also ein Präsident oder ein König an der Spitze steht. Beispielsweise sind alle europäischen Monarchien heute parlamentarische Demokratien, während es in verschiedenen Erdteilen Republiken gibt, die man nicht als Demokratien bezeichnen kann.

Was die Demokratie von allen anderen Staatsformen grundlegend unterscheidet, ist die Tatsache, dass sie Macht immer nur auf Zeit verleiht. Die Volksvertreter werden für eine begrenzte Amtsperiode gewählt; in festgelegten Abständen finden Wahlen statt. Die Wahlen müssen frei, gleich, geheim, unmittelbar und allgemein sein; im Übrigen sind die Wahlverfahren von Land zu Land sehr verschieden, und jedes von ihnen hat Vorzüge und Nachteile. Eine bedeutende Rolle fällt den politischen Parteien zu, die auf die Meinungs- und Willensbildung der Wähler großen Einfluss haben. Für das Funktionieren einer Demokratie ist entscheidend, dass die Parteien bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Programme und Ziele an gemeinsamen demokratischen Grundwerten fest halten, dass oppositionelle Parteien nicht in ihrer Tätigkeit behindert werden und dass die Möglichkeit eines Regierungswechsels stets gewährleistet bleibt.